

# 1 Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Empirische Kennziffern und subjektive Wahrnehmungen

*Judith Niehues*

## **Zusammenfassung**

Diskussionen zur Verteilung von Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ausgesprochen populär. Immer wieder wird das Thema aufgegriffen, öffentlich in Talkshows, bei Tarifverhandlungen oder im Parlament, privat im Freundes- und Kollegenkreis oder am Stammtisch. Das ist auch nachvollziehbar, schließlich ist jeder ein Teil davon. Viele haben eine Meinung dazu, wie die Verteilung in Deutschland aussieht, einige sogar ganz konkrete Vorstellungen, wie sie aussehen sollte und womit sich dies erreichen ließe. Diese Meinungen und Vorstellungen basieren allerdings häufig auf unvollständigen, manchmal sogar falschen Informationen. Infolgedessen stehen auch die Maßnahmen, die zur Herstellung einer »fairen« und »gerechten« Verteilung unterstützt oder gar gefordert werden, bisweilen auf tönernen Füßen. Doch woran liegt das eigentlich? Warum weicht die Wahrnehmung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland von der Wirklichkeit ab? Wie sieht letztere tatsächlich aus, und wie sind diese Fakten einzuordnen? Diese und weitere Fragen greift Judith Niehues im vorliegenden Beitrag auf. Dabei zeigt sich u. a., dass so manche Wahrnehmung des Status quo nicht in die (öffentliche) Diskussion, sondern in die Mottenkiste gehört. Gleichzeitig wird deutlich, dass es zwischen der Verteilung der Einkommen einerseits und jener der Vermögen andererseits deutliche Unterschiede gibt – die allerdings ebenfalls nicht unbedingt den Erwartungen entsprechen.

## **1.1 Einleitung**

Nachdem bereits die Corona-Krise die Gesellschaft vor besondere Herausforderungen gestellt hat, ist die Bevölkerung nun durch die Folgen des Kriegs in der Ukraine mit einer weiteren Krise konfrontiert. Bereits bei den Auswirkungen der Corona-Pandemie wurde schnell über die möglichen Konsequenzen auf das soziale Gefüge und die Verteilung der Krisenlasten debattiert. Da durch die seit Anfang 2022 stark steigenden Lebensmittel- und Energiepreise Haushalte mit geringem Einkommen relativ stärker belastet werden als Haushalte mit höherem Einkommen, stehen erneut die Verteilungswirkungen der mit dem Ukraine-Krieg einhergehenden Energiekrise im Fokus der öffentlichen und politischen Debatte. Wie sich

die Energiekrise und die beschlossenen Entlastungsmaßnahmen im Detail auf die Verteilungsverhältnisse auswirken, lässt sich mangels hinreichender Daten jedoch nur mit deutlicher Zeitverzögerung beziffern. Auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf konventionelle Verteilungskennziffern können erst einige Jahre nach der Pandemie final bestimmt werden, da erst dann die erforderlichen Daten verfügbar sind. Zudem sind Verteilungsanalysen seit der Pandemie mit der Herausforderung konfrontiert, dass sich in vielen Befragungen im Zuge der Kontaktbeschränkungen die Erhebungsmethoden substanziell verändert haben, wodurch sich die Ergebnisse nicht mit den Jahren vor der Pandemie vergleichen lassen. Wenn der folgende Beitrag somit einen Überblick über die Verteilungssituation in Deutschland zeichnet, wird der Schwerpunkt zwangsläufig auf der Entwicklung in den Jahren vor der Corona-Pandemie liegen und nur einige Schlaglichter auf die seitdem eingetroffenen Entwicklungen werfen können.

Während sich die Informationen zur tatsächlichen Verteilung von Einkommen und Vermögen somit nur mit größerem zeitlichem Verzug auswerten lassen, können gleichwohl aktuelle Befunde zur subjektiven Einschätzung der jeweiligen Situation nachgezeichnet werden. Im Sommer 2021 wurde bspw. die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) des Jahres 2020 nachgeholt. In der Umfrage gaben knapp 71 Prozent der Befragten an, dass sie die sozialen Unterschiede in Deutschland »eher nicht« oder »überhaupt nicht« gerecht empfinden. Da aufgrund der Corona-Pandemie die Erhebungsweise von einer persönlichen zu einer digitalen und postalischen Erhebungsweise umgestellt wurde, ist zwar auch hier ein Vergleich mit vorherigen Erhebungswellen nur eingeschränkt möglich. Jedoch reiht sich der Befund praktisch nahtlos in die Ergebnisse der vorherigen Erhebungen ein: Seit der Wiedervereinigung geben nahezu zu allen Erhebungszeitpunkten des ALLBUS mehr als zwei Drittel der Befragten an, dass sie die sozialen Unterschiede im Land als eher ungerecht ansehen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam Anfang 2020 eine Civey-Erhebung im Auftrag des SPIEGEL. Demnach hielten sogar knapp 75 Prozent der Befragten die Verteilung der Einkommen respektive die Verteilung der Vermögen für »eher« oder »auf jeden Fall« ungerecht (vgl. SPIEGEL 2020). Die Erhebungsergebnisse des regelmäßig durchgeführten Politbarometers deuten darauf hin, dass sich der subjektive Blick auf das soziale Gefüge während der anhaltenden Energiekrise keineswegs verbessert haben dürfte. Während im Februar 2021 rund 53 Prozent der befragten Wahlberechtigten die soziale Gerechtigkeit im Großen und Ganzen als eher ungerecht oder sehr ungerecht einschätzten, stieg dieser Anteil im Juli 2022 auf 62 Prozent an.<sup>1</sup> Der Blick auf das gesellschaftliche Gefüge fällt in Deutschland somit sehr negativ aus.

---

1 Politbarometer vom 15.07.2022, Befragungszeitraum 12. bis 14. Juli 2022, telefonische Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.167 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten, <https://www.zdf.de/nachrichten/briefing/politbarometer-soziale-gerechtigkeit-fornof-f-zdfheute-update-100.html> (abgerufen am 08.11.2022).

Im Folgenden werden den subjektiven Einschätzungen entsprechende Daten zur tatsächlichen Verteilungssituation in Deutschland gegenübergestellt. In einem ersten Schritt werden dazu Kennziffern zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland herangezogen. Zudem wird auch die Lage und Entwicklung der Mittelschicht eingeordnet, deren Zustand regelmäßig im Fokus medialer Verteilungsdebatten steht. Mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Vermögensdaten wird auch die Ungleichheit der Vermögensverteilung kontrovers diskutiert. Daher werden im dritten Kapitel Indikatoren der Vermögensverteilung dargestellt und eingeordnet. Im anschließenden Kapitel rücken wieder die subjektiven Einschätzungen in den Vordergrund. Hierin wird beleuchtet, welche Vorstellungen die Menschen hierzulande von der Verteilungssituation haben und welche Maßnahmen aus ihrer Sicht herangezogen werden sollten, um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen. Im abschließenden Fazit werden die Ergebnisse eingeordnet und mögliche Ableitungen diskutiert.

## 1.2 Einkommensverteilung: Stabile Verhältnisse

Wird zunächst nach der subjektiven Einschätzung bezüglich der Entwicklung der Einkommensungleichheit gefragt, fällt das Urteil der Bundesbürger eindeutig aus. Gemäß der zitierten Civey-Befragung im Frühjahr 2020 waren bspw. 43,9 Prozent der Befragten der Meinung, die Ungleichheit der Einkommen habe in den letzten fünf Jahren »eindeutig zugenommen«, weitere 28,6 Prozent teilten die Auffassung, sie habe »eher zugenommen«. Bevor dem kritischen subjektiven Blick auf die Einkommensverteilung Daten zur tatsächlichen Entwicklung gegenübergestellt werden können, müssen zunächst einige konzeptionelle Entscheidungen bezüglich der Messung der Einkommen getroffen werden. Da die Konsum- und Sparmöglichkeiten und somit der Lebensstandard der Haushalte zuvorderst durch das *verfügbare Einkommen* bestimmt werden, steht zumeist das Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge sowie zuzüglich staatlicher Renten- und Transferzahlungen (z.B. Arbeitslosen-, Eltern-, Kinder- oder Wohngeld) im Mittelpunkt von Verteilungsanalysen. Ohne Berücksichtigung der Haushaltszusammensetzung lassen sich die finanziellen Spielräume unterschiedlicher Haushalte jedoch kaum vergleichen; ein verfügbares Einkommen von bspw. 3.000 Euro im Monat ermöglicht einem Alleinstehenden schließlich einen deutlich höheren Lebensstandard als einer vierköpfigen Familie. Daher werden sog. Äquivalenzgewichte herangezogen, mittels derer die Bedarfe unterschiedlicher Haushaltskonstellationen berücksichtigt werden. Nach der sog. modifizierten OECD-Äquivalenzskala, einem international etablierten Vorgehen, wird dem ersten Erwachsenen im Haushalt ein Gewicht von 1 zugeordnet, jedem weiteren Haushaltsmitglied ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und Kindern unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3. Daraus leitet sich bspw. ab, dass ein Paar ohne Kinder nicht über das doppelte Einkommen, sondern nur über das 1,5fache gemeinsame Haushaltseinkommen eines Alleinstehenden verfügen muss, um einen vergleichbaren Lebensstandard

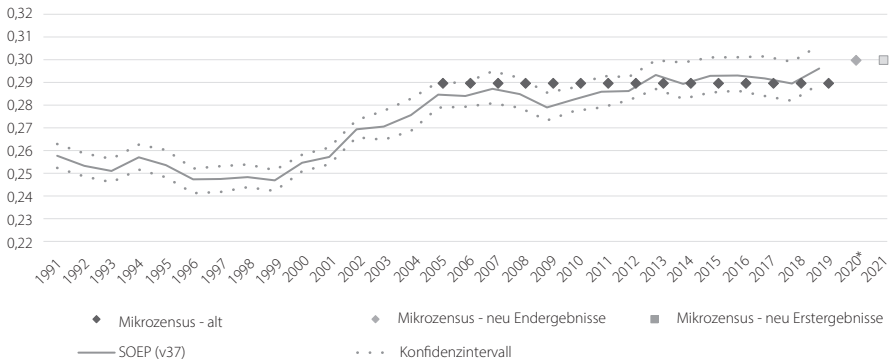
zu erreichen. Schließlich gibt es Räume und Güter, die in einem Haushalt nur einmal vorkommen, die aber von mehreren Personen genutzt werden (bspw. die Küche und das Wohnzimmer oder die Waschmaschine und der Internetzugang), so dass sich die Bewohner die Kosten teilen können. Ökonomen sprechen hier von positiven Skalenerträgen im Konsum. Im Zentrum der folgenden Kennziffern zur Einkommensverteilung steht somit das *bedarfsgewichtete Nettoeinkommen* pro Kopf.

### 1.2.1 Langfristige Entwicklung der Einkommensungleichheit

Ein naheliegender Startpunkt für die Analyse der Entwicklung der Einkommensungleichheit ist die Wiedervereinigung, da diese einen signifikanten zeitlichen Strukturbruch auch für Gesamtdeutschland darstellt. Darstellung 1-1 illustriert die Entwicklung der Einkommensungleichheit gemäß des sog. Gini-Koeffizienten. Der Gini-Koeffizient zählt zu den am häufigsten verwendeten Kennzahlen zur Messung von Ungleichheit. Im Fall einer völligen Gleichverteilung (wenn also jeder Mensch in einer Bevölkerung gleich viel verdient bzw. besitzt) nimmt der Koeffizient den Wert null an, bei der größtmöglichen Ungleichheit (ein Mensch verdient/ besitzt alles, alle anderen nichts) den Wert eins – je größer der Koeffizient, desto größer das Ausmaß der gemessenen Einkommensungleichheit.

Einzig die Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer jährlichen Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) unter knapp 20.000 Haushalten zu deren Lebens- und Arbeitsgewohnheiten, erlauben eine jährliche Betrachtung der Einkommensungleichheit seit der Wiedervereinigung. Da sich die detaillierten Einkommensabfragen des SOEP auf das Vorjahr des jeweiligen Erhebungsjahres beziehen und die Aufbereitung der Daten eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, lassen sich die Daten immer erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auswerten. Die zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags verfügbaren Einkommensinformationen beziehen sich daher auf das Jahr 2019. Einflüsse der Corona-Pandemie lassen sich auf Basis des SOEP somit erst ableiten, wenn die nächste SOEP-Welle mit detaillierten Einkommensinformationen zum Jahr 2020 – voraussichtlich – im Frühjahr 2023 verfügbar wird.

Wie in vielen anderen Industrienationen kennzeichnet sich die Entwicklung der Einkommensverteilung auch in Deutschland durch einen Anstieg des Ungleichheitsniveaus gegenüber den 1990er Jahren. So verdeutlicht Darstellung 1-1 einen markanten Anstieg der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen zwischen dem Ende der 1990er Jahre und etwa 2005. Seit 2005 hat sich der Gini-Koeffizient der verfügbaren Einkommen dann jedoch nicht mehr statistisch signifikant verändert (vgl. auch Grabka 2022, S. 336) – ist aber auch nicht auf das Niveau der frühen 1990er Jahre zurückgegangen. Gründe für den Anstieg der Ungleichheit Ende der 1990er Jahre liegen u.a. in dem damaligen Anstieg der Arbeitslosigkeit, einer zunehmenden Lohnspreizung sowie der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (vgl. OECD 2011). Da die folgenden Jahre durch nahezu kontinuierliche Beschäftigungszuwächse und – mit Ausnahme der Wirtschafts- und Finanzkrise – durch eine



**Dar. 1-1:** Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland. Gini-Koeffizient der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen im wiederholten Querschnitt (Anmerkungen: \* Mikrozensus 2020: Zeitreihenbruch durch Stichprobenumstellung, vgl. Hundenborn/ Enderer 2019/ Statistisches Bundesamt. Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen; Mikrozensus (gerundete Werte): Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik, <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefaehrung-und-3> (abgerufen am 17.10.2022))

weitestgehend positive wirtschaftliche Entwicklung gekennzeichnet waren, kann kritisch hinterfragt werden, warum sich die Ungleichheit in dieser Zeit nicht (wieder) reduziert hat.

Zum einen intensivieren sich die globale Arbeitsteilung und der technologische Wandel jedoch auch weiterhin, begleitet von einem beständigen Druck auf die Arbeitseinkommen geringqualifizierter Arbeitskräfte. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften und entsprechend deren sog. Bildungsrendite (also das Zusatzeinkommen, das ihnen aufgrund einer höheren Qualifikation zufließt) – beides Entwicklungen, die in der Tendenz eine zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung begünstigen.

Neben diesen langfristigen Entwicklungen hat seit 2010 die Migration nach Deutschland deutlich zugenommen, einhergehend mit einer – zumindest anfänglich – höheren Anzahl von Niedrigeinkommensbezieher. Kontrafaktische Analysen im Rahmen des Sechsten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung zeigen bspw., dass der isolierte Effekt der steigenden Beschäftigung im Zeitraum 2005 bis 2015 mit einem sinkenden Ungleichheitsniveau einherging, während der isolierte Migrationseffekt mit einem höheren Armuts- und Ungleichheitsniveau verbunden war (vgl. Kleimann et al. 2020, S. 295).

Mit einem Gini-Koeffizienten zwischen 0,29 und 0,30 kennzeichnet sich Deutschland im Vergleich zu dem Gini-Koeffizienten der USA (0,395 im Jahr 2019) und des Vereinigten Königreichs (0,366) durch ein deutlich niedrigeres Ungleichheitsniveau. Eine geringere Ungleichverteilung der Einkommen findet sich hingegen in den skandinavischen Ländern wie bspw. Norwegen (0,263) sowie in den osteuropäischen Ländern Slowenien und der Tschechischen und Slowakischen Republik, die jeweils Gini-Koeffizienten von weniger als 0,25 aufweisen. Diese Ländergruppe

umfasst gleichzeitig die Länder mit der geringsten Einkommensungleichheit weltweit. Am anderen Ende des Ungleichheitsspektrums weist die OECD Income Distribution Database Südafrika aus, wo der Gini-Koeffizient im Jahr 2017 bspw. bei 0,618 lag.

Ähnliche Kennziffern der Einkommensungleichheit wie in Deutschland finden sich bspw. in Frankreich, Kanada und den Niederlanden. Im Vergleich der Industrienationen lässt sich die Höhe der Ungleichheit der Nettoeinkommen in Deutschland als unterdurchschnittlich einsortieren – im weltweiten Vergleich sowie im Vergleich bevölkerungsreicher Industrienationen als eher gering.

### 1.2.2 Unsichere Datenlage am aktuellen Rand

Verteilungskennziffern auf Basis des Mikrozensus – einer regelmäßigen Bevölkerungsumfrage des Statistischen Bundesamtes – bekräftigen die stabile Ungleichheitsentwicklung zwischen 2005 und 2019 (► Dar. 1-1). Mit einer Stichprobengröße von rund 1 Prozent der gesamten Bevölkerung stellt der Mikrozensus die größte Haushaltsbefragung in Deutschland dar. Da im Rahmen des Mikrozensus das monatliche Haushaltsnettoeinkommen jedoch nur klassifiziert abgefragt wird, Haushalte ihr Einkommen also bestimmten Einkommensklassen zuordnen (bspw. 3.500 bis unter 4.000 Euro) und nicht ihr konkretes Einkommen angeben, ergibt sich eine gewisse Ungenauigkeit bei der Ermittlung von Verteilungskennziffern. Für die Entwicklung der Gini-Koeffizienten der bedarfsgewichteten Nettoeinkommen weist die Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik daher nur auf zwei Stellen gerundete Werte aus. Neben der Stichprobengröße hat der Mikrozensus den Vorteil, dass er zwar weniger detaillierte, aber dafür sehr zeitnahe Informationen über die Einkommenssituation in Deutschland bereitstellt. Unglücklicherweise lässt sich jedoch auch nicht aus den Daten des Mikrozensus der Einfluss der Corona-Pandemie ablesen, da im Jahr 2020 – unabhängig von erzwungenen Umstellungen des Erhebungsmodus während der Lockdowns – eine umfassende Neuausrichtung des Mikrozensus erfolgte (vgl. Hundenborn/Enderer 2019). Hierdurch lässt sich möglicherweise auch der starke Anstieg der Armutsgefährdungsschwelle von 1.074 Euro im Jahr 2019 auf 1.126 Euro im Corona-Jahr 2020 erklären, was gleichzeitig den stärksten jährlichen Anstieg des nominalen Medianeinkommens seit 2005 darstellt.<sup>2</sup> Da die Einführung eines neuen IT-Systems im Rahmen der Neugestaltung des Mikrozensus mit technischen Problemen und einer vergleichsweise hohen Ausfallquote einherging, weist das Statistische Bundesamt zudem darauf hin, dass

---

2 Gemäß amtlicher Statistik liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens der Bevölkerung, wobei das Medianeinkommen das Einkommen genau in der Mitte der Bevölkerung darstellt: Eine Hälfte der Bevölkerung hat ein geringeres Einkommen, die andere Hälfte verfügt über ein höheres Einkommen. Diejenigen, deren Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen, gelten nach diesem Konzept als armutsgefährdet oder von Armut bedroht. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesem relativem Armutskonzept findet sich bspw. in Brenke 2018.

das Erhebungsjahr 2020 nicht für Zeitvergleiche mit nachfolgenden Jahren herangezogen werden sollte.

Die aktuelle Datenlage erlaubt somit noch keine eindeutigen Rückschlüsse darauf, wie die Corona-Pandemie auf die Einkommensverteilung gewirkt hat. Simulationsanalysen der Einkommenseffekte der Corona-Krise für das Jahr 2020 deuten jedoch an, dass die Einbußen durch die wirtschaftlichen Einschränkungen zwar wahrscheinlich mit einer Erhöhung der Ungleichheit der Bruttoeinkommen einhergehen, sich gemäß der Simulationsergebnisse – insbesondere durch die umfangreichen staatlichen Ausgleichsmaßnahmen – für die Verteilung der verfügbaren Einkommen insgesamt aber nur wenige Veränderungen ergeben haben (vgl. Bruckmeier et al. 2021; Beznoska et al. 2020).

## **1.3 Die Mittelschicht als Stabilitätsanker**

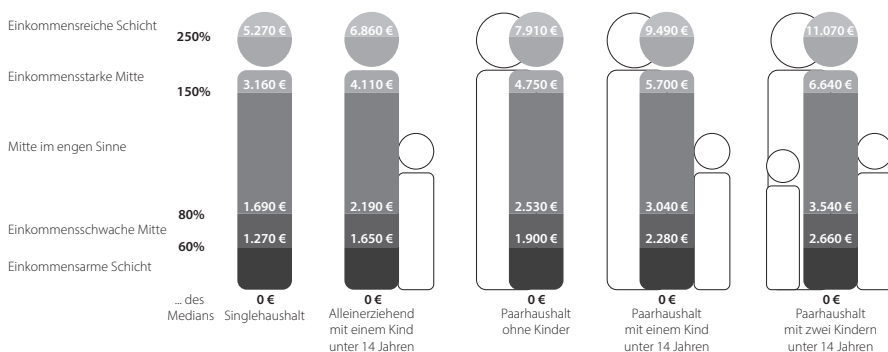
Subjektiv fühlen sich die meisten Deutschen regelmäßig der Mittelschicht zugehörig. Im Rahmen der subjektiven Schichteinstufung im ALLBUS 2021 sortierten sich bspw. rund 55 Prozent der Bundesbürger in die Mittelschicht und weitere 18 Prozent in die obere Mittelschicht ein. Nicht nur wegen des großen Identifikationspotenzials, sondern auch, weil die Zugehörigkeit zur Mittelschicht seit jeher als Teil des Wohlstandsversprechens begriffen wurde, ist neben der Entwicklung der Ungleichheit auch die Stabilität der Mittelschicht Gegenstand vieler politischer Debatten. Wenngleich die Mittelschicht häufig im Zentrum medialer Berichterstattung steht, gibt es jedoch keineswegs eine allgemeingültige Abgrenzung dieser Bevölkerungsschicht.

### **1.3.1 Abgrenzung der Mittelschicht**

Während in der sozialwissenschaftlichen Literatur die Mittelschicht häufig über soziokulturelle Merkmale wie Bildung und Beruf definiert wird, basieren die meisten medial diskutierten Mittelschichtsstudien auf reinen Einkommensabgrenzungen. Wo genau die Grenzen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten verlaufen, lässt sich jedoch allein aus dem Merkmal Einkommen kaum eindeutig bestimmen. Aus diesem Grund greift die im Folgenden herangezogene Mittelschichtsdefinition des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) auf ein zweistufiges Verfahren zurück (vgl. Niehues et al. 2013). Zunächst wird in Anlehnung an die entsprechende sozialwissenschaftliche Literatur eine soziokulturelle Mitte definiert, die sich nach Maßgabe verschiedener Kriterien von Bildung und Erwerbstätigkeit gegenüber einer soziokulturellen unteren und oberen Schicht abgrenzt. In einem zweiten Schritt wird untersucht, welche Einkommensbereiche die soziokulturellen Schichten vorrangig besetzen und ob sich daraus typische Einkommensbänder ableiten lassen. Aus dieser Vorgehensweise lassen sich neben der Mittelschicht im engeren Sinn (i. e. S.) auch noch eine untere und eine obere

Mittelschicht ableiten, um die zahlenmäßige Häufigkeit mittelschichtstypischer Berufe und Qualifikationen neben der Kern-Mittelschicht zu berücksichtigen (vgl. Niehues/Stockhausen 2022). Für die Mittelschicht i. e. S. ergibt sich aus dem zweistufigen Verfahren mit einem Einkommensbereich von 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens – eine Hälfte der Bevölkerung hat ein niedrigeres Einkommen, die andere Hälfte ein höheres – eine vergleichsweise enge Abgrenzung.

Auf Basis der aktuell verfügbaren SOEP-Einkommensdaten ergeben sich demnach bspw. folgende Einkommensabgrenzungen: Im Jahr 2019 zählte ein Singlehaushalt mit einem Einkommen zwischen 1.270 Euro und 1.690 Euro zur unteren Mittelschicht, bis 3.160 Euro zur Mittelschicht i. e. S. und ab 5.270 Euro zu den relativ Einkommensreichen (► Dar. 1-2). Paare ohne Kinder erreichen die Mittelschicht i. e. S. ab einem gemeinsamen Haushaltsnettoeinkommen in Höhe von 2.530 Euro, die obere Mittelschicht ab 4.750 Euro und die Gruppe der relativ Reichen ab 7.910 Euro.<sup>3</sup>



**Dar. 1-2:** Einkommensgrenzen für stilisierte Haushaltstypen. In Haushaltsnettoeinkommen des Jahres 2019 in Euro (Anmerkungen: Werte gerundet auf 10 Euro. Für Alleinstehende betrug das monatliche Medianeinkommen im Jahr 2019: 2.109 Euro. Das Medianeinkommen (auch mittleres Einkommen) ist das Einkommen, das alle Einkommensbezieher in zwei genau gleich große Gruppen teilt: Die eine Hälfte hat höhere Einkommen, die andere niedrigere. Quelle: Institut der Wirtschaft (IW) auf Basis des SOEP v37, vgl. <https://www.arm-und-reich.de/verteilung/mittelschicht/> (abgerufen am 08.02.2023))

Ähnlich wie bei der Armutsgefährdungsgrenze gibt es auch bezüglich der Festlegung der Einkommensschwelle zur Gruppe der relativ Reichen kontroverse Diskussionen. Gemäß IW-Abgrenzung zählt zu den relativ Einkommensreichen, wer über mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens der Gesellschaft verfügt. Der Schwellenwert liegt somit etwas höher als die amtliche Reichtumsschwelle, die konventionell Einkommen oberhalb des Doppelten des Medianeinkommens zu den relativ Reichen zählt. Werden die Menschen in Deutschland gefragt, ab welchem

<sup>3</sup> Die jeweils aktuellen IW-Einkommensgrenzen für verschiedene Haushaltstypen und die Größe der Einkommensschichten sind unter [www.arm-und-reich.de/verteilung/](http://www.arm-und-reich.de/verteilung/) abrufbar.

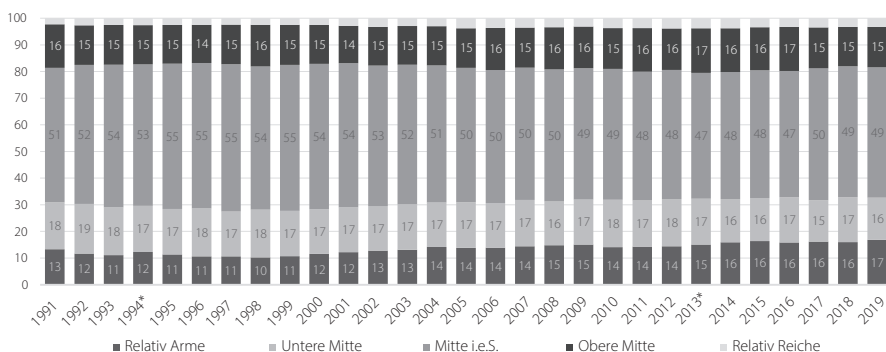


persönlichen Nettoeinkommen eine Person in Deutschland ihrer Meinung nach reich ist, lässt sich vor allem eine große Schwankungsbreite in den Antworten erkennen, die nicht zuletzt auch von dem sozialen Status der Befragten geprägt ist: Ein höheres Einkommen geht tendenziell mit höheren Werten für die eingeschätzte Schwelle zum Reichtum einher. Für die meisten Einschätzungen gilt dabei, dass sie mit Werten oberhalb von 7.000 Euro deutlich oberhalb der gängigen Reichtumsschwellen liegen (vgl. Adriaans et al. 2020).

In diesem Zusammenhang ist es jedoch hilfreich anzumerken, dass die Gruppe der relativ Reichen, auf Basis der Einkommensverteilung 2019, bereits bei der Grenze von 250 Prozent des Medians nur noch 3,3 Prozent der Bevölkerung umfasst – also nur eine kleine Teilmenge der häufig zitierten »oberen zehn Prozent«, die regelmäßig bei Betrachtungen für die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich herangezogen werden. Zu den einkommensreichsten zehn Prozent Deutschlands zählte ein Alleinstehender im Jahr 2019 ab einem Nettoeinkommen von rund 3.850 Euro, ein Paar ohne Kinder ab einem gemeinsamen Haushaltsnettoeinkommen von 5.780 Euro. Mit Blick auf die mitunter kontroversen Auseinandersetzungen bezüglich der Schwellenwerte gilt es weiterhin einzuordnen, dass es sich um deutschlandweite Durchschnittsbeträge handelt. Der mit dem Einkommen verbundene Lebensstandard kann sich deutlich unterscheiden, je nachdem ob man in einer Metropole wie München oder in einer eher ländlichen Region lebt. Würden regionale Preisniveaus berücksichtigt, würden sich die Schwellenwerte für städtische Regionen erhöhen, für ländliche Regionen entsprechend reduzieren. Befunde deuten jedoch darauf hin, dass sich grundsätzlich nur sehr wenige Deutsche subjektiv dem oberen Einkommensbereich zuordnen. In einer Online-Befragung im Februar 2015 ordnete sich von den reichsten 20 Prozent der Bevölkerung niemand korrekt in die entsprechenden Einkommenszehntel ein, sondern insbesondere Befragte mit hohem Einkommen unterschätzen ihre Einkommensposition erheblich (vgl. Engelhardt/Wagener 2018).

### 1.3.2 Entwicklung der Einkommensmittelschicht

Darstellung 1-3 illustriert, wie sich die Bevölkerungsanteile der fünf Einkommensschichten seit der Wiedervereinigung verändert haben. Da die (Einkommens-)Mittelschicht relativ zum Nettomedianeinkommen der Gesellschaft abgegrenzt wird, ist es nicht überraschend, dass die zeitliche Entwicklung der Größe der Mittelschicht stark mit der Entwicklung der Ungleichheit korrespondiert. Die Entwicklung seit der Wiedervereinigung lässt sich grob in drei Phasen einteilen. Zunächst hat sich der Anteil der Mittelschicht bis zu ihrem Höchstpunkt im Jahr 1997 auf knapp 55 Prozent erhöht und ist in der Folge bis zum Jahr 2005 auf rund 50 Prozent zurückgegangen. Ähnlich wie bei dem Niveau der Einkommensungleichheit hat sich der Bevölkerungsanteil in der Mittelschicht zwischen 2005 und 2019 und damit für mehr als eine Dekade nicht mehr wesentlich verändert. Im Jahr 2019 umfasste die Mittelschicht i. e. S. einen Bevölkerungsanteil von knapp 49 Prozent.



**Dar. 1-3:** Entwicklung der Einkommensschichten. Anteil der jeweiligen Einkommensschicht an der Bevölkerung in Prozent (Anmerkungen: 1994\*, 2013\*: Zeitreihenbruch durch Stichprobenumstellung, vgl. Stockhausen/Calderón, 2020; Einkommensschichten in Relation zum Median des nominalen bedarfsgewichteten Nettoeinkommen des jeweiligen Jahres, vgl. Niehues/Stockhausen 2022; Niehues et al. 2013. Quelle: SOEP v37, eigene Berechnungen)

Die große Stabilität der Mittelschicht zeigt sich auch darin, dass seit der Wiedervereinigung nahezu zu allen Zeitpunkten zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren jeweils rund 80 Prozent ihre Zugehörigkeit zur Einkommensmittelschicht beibehalten konnten (vgl. Niehues/Stockhausen 2022). Auch das Risiko des Abstiegs aus der Mittelschicht hat sich seit den 1990er Jahren kaum verändert. Seit Mitte der 1990er Jahre schwankt die jährliche Abstiegsrate aus der Mitte i. e. S. zwischen zwei aufeinanderfolgenden Jahren um einen Wert von rund 12 Prozent. Knapp 3 Prozent der Mittelschichtsangehörigen steigt direkt in den Bereich der Armutsgefährdung ab. Auch dieser Anteil hat sich seit der Wiedervereinigung – mit wenigen Ausnahmen wie bspw. in der Zeit der Finanzkrise – kaum verändert. Wenn Veränderungen zwischen fünf aufeinanderfolgenden Jahren beobachtet werden, blieb das Risiko eines Abstiegs ebenfalls weitestgehend unverändert. Gegenüber den frühen 1990er Jahren hat sich jedoch die Aufwärtsmobilität aus dem Bereich der Armutsgefährdung verringert. Ein Blick auf die Einkommensentwicklung derjenigen, die jeweils in einem Fünfjahreszeitraum im Bereich der Armutsgefährdung verblieben, zeigt allerdings, dass die 1990er Jahre zwar durch eine höhere Mobilitätsdynamik gekennzeichnet waren, aber gleichzeitig durch eine geringe Einkommensdynamik als bspw. im Zeitraum 2014 bis 2018 (vgl. Niehues/Stockhausen 2022, S. 41).

Grundsätzlich gilt es bei relativen Schicht- und Verteilungsbetrachtungen – ähnlich wie bei der Armutsgefährdungsquote – zu beachten, dass Veränderungen des Wohlstands unberücksichtigt bleiben. Dass sich die Aufwärtsmobilität auch nicht in der Phase der guten Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erhöht hat, hängt bspw. auch damit zusammen, dass sich das Medianeinkommen und damit die Schichtgrenzen in den letzten Jahren merkbar erhöht haben. Zwischen 2013 und 2019 hat sich das reale (also das kaufkraftbereinigte) bedarfsgewichtete